

## ANGESPANNT SITUATION ERFOR- DERT INVESTITIONEN IN DIE ARBEITSMARKTPOLITIK

**2025 waren in Österreich fast eine Mio. Menschen zumindest einen Tag von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Jahresdurchschnitt waren rund 394.000 als arbeitslos oder in Schulung beim AMS vorgemerkt – das ist ein Anstieg von +5,5 % im Vorjahresvergleich.** Die Prognosen für 2026 bewerten die Lage am österreichischen Arbeitsmarkt weiterhin als herausfordernd, Diskriminierung erfahren insbesondere Frauen, junge Erwachsene und ältere Menschen. Trotz der kritischen Situation ist die Arbeitsmarktpolitik mit Budgetkürzungen konfrontiert. Im Jahr 2026 stehen dem AMS dafür real rund 100 Mio. Euro weniger zur Verfügung, im Jahr 2027 droht eine weitere deutliche Einsparung. Zudem bleibt offen, inwiefern europäische Förderungen aus dem mehrjährigen Finanzrahmen tatsächlich regionale arbeitsmarktpolitische Projekte stärken können, da der ESF+ mit Ende 2027 ausläuft. Deshalb braucht es gerade jetzt Investitionen in die Arbeitsmarktpolitik: mehr Qualifizierungen, bessere Beratung und Vermittlung und nachhaltige Arbeitsmarktintegration.

### DAS WAR 2025

Im Jahr 2025 blieb der österreichische Arbeitsmarkt herausfordernd: Die Arbeitslosigkeit war hoch, und es bestand ein deutlicher **Qualifikations-Mismatch**. Besonders stark war weiterhin die Nachfrage in Gesundheits- und Sozialwesen, IT, technischen Berufe sowie im Tourismus. Während digitale Fertigkeiten für viele Arbeitsplätze erforderlich sind, können viele Arbeitssuchende **keine digitalen Basiskompetenzen** vorweisen. Trotz der hohen Nachfrage nach Arbeitskräften führten diese Engpässe bislang nicht zu spürbaren Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen oder zu einem geänderten **Rekrutierungsverhalten der Unternehmen**. Insbesondere **Menschen mit Fluchterfahrung** werden am Arbeitsmarkt strukturell **benachteiligt**, wie eine [aktuelle AK-Studie](#) zeigt (PERLE ET AL (2025)).

Hinzu kam eine angespannte wirtschaftliche Lage durch das 3. Rezessionsjahr in Folge und **fehlende wirtschaftspolitische Impulse**. Langfristig wird der Arbeitsmarkt zudem durch die **schrumpfende Erwerbsbevölkerung** unter Druck gesetzt, wodurch der Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte noch intensiver wird. Schließlich zeigen sich starke **regionale Unterschiede**: In Städten wie Wien sind die Arbeitslosenquoten deutlich höher als in anderen Bundesländern, was zusätzliche Herausforderungen für die regionale Arbeitsmarktpolitik mit sich bringt.

### STEIGENDE ARBEITSLOSIGKEIT UND FEHLENDE QUALIFIKATIONEN

Die Zahl der **unselbstständig Beschäftigten** lag 2025 mit 3.965.000 minimal über dem Vorjahreswert (+0,1%). Demgegenüber waren durchschnittlich 317.540 Personen beim AMS als **arbeitslos** gemeldet, dazu kamen 76.496 **Schulungsteilnehmende** (+5,5% im

Vorjahresvergleich). Die **Arbeitslosenquote** nach nationaler Berechnung betrug 7,4 %, ein Anstieg von 0,4 % im Vergleich zum Vorjahr. Und das ist kein neues Phänomen: Im Dezember 2025 stieg die Arbeitslosigkeit in Österreich bereits zum 33. Monat in Folge.

Wer im letzten Jahr Arbeit gesucht hat, fand keine einfachen Bedingungen vor: Die beim AMS gemeldeten sofort verfügbaren **offenen Stellen** gingen 2025 deutlich zurück (-11.834 bzw. -13,1 %), ebenso die sofort verfügbaren **offenen Lehrstellen** (-1.095 bzw. -13,6 %), während die Zahl der **Lehrstellensuchenden** um 9.166 (+16,3 %) anstieg. Einen besonders hohen Anstieg der Arbeitslosigkeit verzeichneten **Industrie** (+10,2 %) und der **Handel** (+8,3 %), nur am **Bau** sank die Arbeitslosigkeit minimal (-0,1 %).

## WER WIRD AM ARBEITSMARKT DISKRIMINIERT?

Am österreichischen Arbeitsmarkt zeigt sich 2025 eine deutliche **Diskriminierung** bestimmter Gruppen. **Frauen** waren überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen (+7,5 % gegenüber +3,9 % bei Männern), unter anderem aufgrund der Anhebung des Regelpensionsalters. Die Herausforderung für 2026 ist es, **altersgerechte Arbeitsplätze** zu schaffen. Auch bei den **Langzeitarbeitslosen** setzte sich der Anstieg fort: Ihre Zahl wuchs um 9.065 Personen (+25,4 % zum Vorjahr), die durchschnittliche Verweildauer betrug 123 Tage, das sind neun Tage bzw. +7,8 % mehr als im Vorjahr. Die **Jugendarbeitslosigkeit unter 25 Jahren** stieg um 5,4 % im Vergleich zum Vorjahr, und der Anteil der **Arbeitslosen mit maximal Pflichtschulabschluss** lag bei 46,6 %, ein Anstieg von +3,4 %. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit fiel bei **Ausländer:innen** mit +6,0 % etwas stärker aus als bei der Österreicher:innen (+5,2 %). Trotz hoher Nachfrage nach Arbeitskräften blieben die Potenziale dieser Gruppen weitgehend ungenutzt.

## TROTZ DER ANGESpanNTEN ARBEITSMARKTLAGE: KÜRZUNG DER RESSOURCEN DES ARBEITSMARKTSERVICE

Die politische Realität sieht jedoch so aus: Anstatt in die Qualifikationen von Arbeitnehmer:innen oder in eine bessere Beratung und Vermittlung zu investieren, werden die finanziellen und personellen **Ressourcen des AMS gekürzt**. Außerdem wurde die **Bildungskarenz** im Umfang und Förderinhalt **deutlich zurückgefahren**. Das bisher einzige Förderinstrument mit einem Rechtsanspruch auf Bildung wurde reformiert und in eine deutlich kleinere AMS-Förderung ("Weiterbildungszeit") umgewandelt.

## KÜRZUNGEN BEIM NATIONALEN BUDGET FÜR AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

Im Jahr **2026** stehen dem AMS etwas mehr als **1,4 Mrd. Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik** zur Verfügung. Auf den ersten Blick eine leichte Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr, da im Jahr 2025 1,37 Mrd. Euro an Förderbudget zur Verfügung standen. Aber 2026 wird erstmalig die Nachfolge-Förderung der Bildungskarenz, die so genannte **Weiterbildungszeit**, aus dem Förderbudget bestritten und die **neu ins Leben gerufene Aktion 55+** bindet zudem vorher frei verfügbare Fördermittel. De facto ist damit der **budgetäre Spielraum in der Arbeitsmarktförderung enger** geworden und es mussten bereits Plätze in arbeitsmarktpolitischen **Beratungs- und Betreuungseinrichtungen** oder **Beschäftigungsprojekten reduziert** werden.

Für das Jahr **2027** sind weitere **Einsparungen** in der Höhe von ungefähr **180 Mio. Euro** geplant. Dazu sind aufgrund der angespannten österreichweiten Budgetsituation und der

damit erforderlichen Budgetkonsolidierung, auch noch zusätzliche **Förderkürzungen** in der Höhe von **ca. 15% des gesamten Förderbudgets** in Diskussion.

## ESF+ ENDET 2027: FORTFÜHRUNG VON ESF-KOFINANZIERTEN BESCHÄFTIGUNGSPROJEKTEN STEHT AUF DER KIPPE

Die europäischen Strukturfonds inkl. ESF+ laufen mit Ende 2027 aus, derzeit wird die Zukunft des EU-Budgets diskutiert. Die Fortsetzung des ESF+ sowie die Dottierung von **Förderungen** für die Ziele der **europäischen Säule sozialer Rechte** ist damit offen. Geplant ist allerdings, dass der ESF+ als eigenständiger Fonds abgeschafft wird und ein gewisser Prozentsatz der Mittel aus dem künftigen nationalen und regionalen Partnerschaftsplan (NRPP) für soziale Investitionen reserviert werden. De facto würde das aber für Österreich eine **deutliche Kürzung** der europäischen Mittel für **arbeitsmarktpolitisch sinnvolle Projekte** bedeuten.

## WIR MÜSSEN JETZT IN DIE AUS- UND WEITERBILDUNG VON FACHKRÄFTEN INVESTIEREN

Für 2026 werden ein moderates Wachstum der österreichischen Volkswirtschaft und ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit prognostiziert. Damit diese prognostizierte positive Entwicklung auch nachhaltig gestärkt werden kann, sind verstärkte Investitionen in die Arbeitsmarktpolitik notwendig:

- a) **Recht auf Weiterbildung – Qualifizierung fördern:** Damit Arbeitnehmer:innen ihre Kompetenzen an die sich wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes anpassen können, muss massiv in die **Qualifizierung von arbeitssuchenden Menschen** investiert werden. Mittelfristig ist die Verankerung eines **Rechts auf Weiterbildung** notwendig. Mit der Einführung eines **Qualifizierungsgeldes** nach dem AK-Modell kann sichergestellt werden, dass sowohl Beschäftigte und Arbeitslose im wirtschaftlichen Wandel nicht zurückgelassen werden. Besonders **Jugendliche** und junge Erwachsene dürfen nicht verloren gehen: Erstausbildung und ausreichende Unterstützung beim Berufseinstieg müssen garantiert sein – unter anderem durch eine ausreichende Finanzierung der überbetrieblichen Lehrausbildung. Gleichzeitig sind die Potenziale **anerkannter Flüchtlinge** konsequent zu nutzen, indem ihnen der Zugang zu Aus- und Weiterbildung und qualifizierter Beschäftigung geöffnet wird.
- b) **Investitionen in aktive Arbeitsmarktpolitik sind Investitionen in die Zukunft:** Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist eine Erhöhung der Ausgaben in diesem Bereich sinnvoll, aber nur, wenn Arbeitsmarktpolitik in eine **durchdachte Wirtschaftspolitik** eingebettet ist. Dann tragen Maßnahmen wie **Training** und **Qualifizierung, Beschäftigungsförderungen** sowie eine **hochwertige Betreuung** von Arbeitssuchenden zur Verbesserung am Arbeitsmarkt bei. Investitionen in Beschäftigungspolitik ermöglichen die Ausbildung von **dringend benötigten Fachkräften** und eine **qualitätsvolle Beratung**, die eine passgenaue und nachhaltige Vermittlung auf den Arbeitsmarkt gewährleistet. **Ausgaben in die aktive Arbeitsmarktpolitik** können sich bereits innerhalb von fünf Jahren für den Staat wieder **vollständig amortisieren** (WAGNER-PINTER (2016)). Dazu kommen die individuellen positiven Auswirkungen, die damit einhergehen.

**Kürzungen** im Bereich der Arbeitsmarktpolitik haben **direkte und indirekte Folgekosten**: Die Zahl der von **Arbeitslosigkeit** betroffenen Personen **steigt**, weil Personal beim AMS bzw. Träger arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen abgebaut werden müssen. Dazu kommt, dass mit weniger Beratung und Betreuung auch die **Dauer der Arbeitslosigkeit steigt**. Weniger Personal hat eine längere Suchdauer zur Folge (BÖHEIM & EPPEL & MAHRINGER (2017)). Damit verursacht man direkt höhere **Kosten** im Bereich der **Existenzsicherung** arbeitsloser Personen (Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe).

Dem **Staat** entgehen auch Einnahmen durch **geringere Einkommenssteuerbeiträge**. Mit den Mehrausgaben in der Arbeitslosenversicherung kommt es gleichzeitig zu weniger Einnahmen in Sozialversicherung durch **geringere Sozialversicherungsbeiträge**.

Indirekt **dämpft** man durch die Reduktion der Ausgaben in die Arbeitsmarktpolitik auch den **wirtschaftlichen Aufschwung**, da einerseits die dafür benötigten Fachkräfte nicht ausreichend zur Verfügung stehen und andererseits der **private Konsum** durch die höhere Arbeitslosigkeit zurückgeht. Zudem erhöhen sich auch die Kosten im Bereich der **Gesundheitsversorgung**, da insbesondere längere Arbeitslosigkeit Folgen für die physische und psychische Gesundheit hat.

Deshalb gilt: **Investitionen in die Arbeitsmarktpolitik** sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Wir dürfen hier nicht sparen, sondern müssen aktiv handeln.

## KONTAKT

Arbeiterkammer Wien - Abteilung für Arbeitsmarkt und Integration  
ilse.leidl@akwien.at, michaela.neumann@akwien.at

## WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- BÖHEIM & EPPEL & MAHRINGER (2017). [Die Auswirkungen einer Verbesserung der Beratungsrelation für Arbeitslose in der Arbeitsvermittlung des AMS.](#)
- EY & FEIGL (2025). [A&W-Blog | Paradigmenwechsel beim EU-Budget auf Kosten der Sozial- und Beschäftigungspolitik?](#)
- HOFBAUER & THEURL (2025). A&W-Blog | Das Recht auf Weiterbildung: Das Qualifizierungsgeld
- PERLE ET AL (2025). Arbeiterkammer Wien | Gleiche Qualifikation, ungleiche Chancen. Ein Experiment zur Benachteiligung afghanischer Bewerber:innen.
- WAGNER-PINTER (2016). Synthesis Forschung | [Labour market policies in Austria: the fiscal impact of support programmes.](#)